

**Stellungnahme des Mouvement Ecologique zum
Gesetzesprojekt
«projet de loi concernant l'accès du public à
l'information en matière d'environnement»**

**Für mehr
Informationsrechte der
BürgerInnen**

**Für ein Mehr an
Demokratie**

Vorbemerkung: Der Mouvement Ecologique begrüsst ausdrücklich, dass die Richtlinie betreffend die Informationen im Umweltbereich endlich in Luxemburger Recht umgesetzt werden soll. Eine adäquate Umsetzung der Richtlinie ist durchaus als wegweisend anzusehen. Jedoch wären nach Ansicht des Mouvement Ecologique einige Änderungen sowie eine generelle Berücksichtigung der Aarhus-Konvention geboten.

1. Rechte der BürgerInnen im demokratischen Sinne ausweiten – Aarhus-Konvention umsetzen!

Die vorliegende Richtlinie wurde aufgrund der sogenannten Aarhus-Konvention ausgearbeitet. Diese Konvention sieht 3 verschiedene Grundpfeiler, die für ein Mehr an Demokratie und Bürgerbeteiligung stehen, vor:

- den Zugang zu Umweltinformationen
- die Beteiligung der Öffentlichkeit an wichtigen Verfahren: gegenüber heute soll die Bevölkerung im Vorfeld von Entscheidungen bewusster eingebunden werden
- den Zugang zu den Gerichten, hier sind Verbesserungen gegenüber dem heutigen Standard geplant.

Aus rein juristischer Sicht ist es möglich, auf zwei verschiedene Art und Weisen diese Aarhus-Konvention umzusetzen, sei es durch Umsetzung

- der eigentlichen Konvention in nationales Recht oder aber
- der drei EU-Richtlinien, welche die 3 Säulen der Konvention konkretisieren.

Auf Luxemburger Seite gibt es bereits ein Gesetzesprojekt, das die Umsetzung der gesamten Aarhus-Konvention vorsieht (*projet de loi portant approbation de la Convention sur l'accès à l'information, la participation du public au processus décisionnel et l'accès à la justice en matière d'environnement faite à Aarhus (Danemark), le 25 juin 1998, No 4513*).

Dieses Gesetzesprojekt wurde von allen betroffenen Kammern – wenn auch mit Anmerkungen – positiv avisiert. Auch der Staatsrat gab am 14.11.2000 ein positives Gutachten zu diesem Gesetzesprojekt ab.

Zahlreiche EU-Länder, so u.a. auch unser Nachbarland Belgien, haben mittlerweile die Aarhus-Konvention selbst als solche unterzeichnet und in nationales Recht umgesetzt.

Gemäss EU-Recht müssen die beiden Richtlinien betreffend den Zugang zu Informationen sowie die Beteiligungsmöglichkeiten bis zum Jahre 2005 umgesetzt werden. Betreffend die 3. Säule, welche die Klagemöglichkeiten regelt, ist eine Richtlinie auf EU-Ebene in Ausarbeitung. Auf Luxemburger Ebene gibt es ein Gesetzesprojekt – das nunmehr zur Diskussion stehende – betreffend die Informationspflicht. Betreffend die Beteiligungsmöglichkeiten gibt es noch kein offizielles Dokument.

Nach Ansicht des Mouvement Ecologique:

- gilt es die demokratischen Rechte der EinwohnerInnen Luxemburgs im Sinne der Aarhus-Konvention auszuweiten
- und entsprechend zweigliedrig zu fahren: das Gesetzesprojekt betreffend die Aarhus-Konvention sowie parallel die 3 spezifischen Direktiven umzusetzen.

Es wäre in der Tat ein Fehler, nur auf die diversen Direktiven zu setzen und auf die Umsetzung der eigentlichen Aarhus-Konvention zu verzichten. Denn das würde bedeuten, dass den EinwohnerInnen Luxemburgs noch über Jahre hinweg wesentliche auf EU-Ebene zugesicherte Rechte aberkannt würden. Immerhin datiert Aarhus von 1998!

Sicherlich: die Situation ist mittels Umsetzung separater Direktiven etwas ausführlicher geregelt. Allerdings darf man nicht vergessen, dass noch Jahre verstreichen werden, bis vor allem die dritte Säule seitens der EU erstellt wird. Doch gerade in diesem Bereich herrscht in Luxemburg massiver Nachholbedarf

Der Mouvement Ecologique fordert demnach mit Nachdruck auch die Umsetzung der Aarhus-Konvention selbst in Luxemburger Recht.

2. Umsetzung der Informations-Direktive: für ein Mehr an Demokratie für den Bürger

Bei der Umsetzung der Direktive verfügen die einzelnen Mitgliedstaaten, wie immer, über gewisse Freiräume.

Nach Ansicht des Mouvement Ecologique gälte es diese mehr im Sinne der BürgerInnen zu nutzen als dies im vorliegenden Projekt der Fall ist. Auch kann der Mouvement Ecologique nicht verstehen, warum verschiedene Verschlechterungen am ursprünglichen Gesetzesentwurf, lediglich aufgrund von Vorschlägen des Staatsrates von der Regierung erfolgten.

Entsprechend formuliert der Mouvement Ecologique folgende Vorschläge:

Artikel 1: Neue Informationstechnologien bewusst fördern

Beim Luxemburger Gesetzesprojekt gibt es bei Artikel 1 eine leichte Abweichung gegenüber der EU-Direktive, die jedoch nicht im Sinne einer offensiven Informationspolitik ist.

Nach der Beschreibung in der Direktive, dass eine offensive Informationsvermittlung notwendig ist, steht zu lesen: „*A cette fin, il convient de promouvoir l'utilisation, entre autres, des technologies de télécommunication informatique et / ou des technologies électroniques, lorsqu'elles sont disponibles*“.

Diese Vorgabe, die modernen Technologien sehr bewusst zu fördern, wurde in der Transposition in Luxemburger Recht recht stark abgeflacht, indem nur noch zu lesen ist, dass der Staat die Information «*de veiller, si possible au moyen des technologies de télécommunication ...*» vermitteln soll. Die bewusste Entscheidung des Staates hier neue Wege zu gehen, wurde fallen gelassen.

D.h. hier wurde auf einer offensiven Politik, die da heisst «*promotion*» eine zögerlichere Vorgehensweise «*veiller*» festgelegt.

Der Mouvement Ecologique ist der Überzeugung, dass diese Abschwächung der Direktive nicht sinnvoll ist und schlägt vor die EU-Vorgabe zurückzubehalten.

Artikel 2: Raumnutzung und Transport berücksichtigen

- Begriffsbestimmung „information environnementale“

Es ist als sehr positiv zu werten, dass mittels der vorliegenden Direktive, der Begriff „Information im Umweltbereich“ genauer festgelegt und auch ausgeweitet werden soll. Allerdings ist der Mouvement Ecologique der Überzeugung, dass die derzeitige im Gesetzesprojekt vorgeschlagene Formulierung doch noch **zwei Unklarheiten offen lässt, nämlich diejenige inwiefern Projekte betreffend die Raumnutzung und -planung sowie inwiefern die Transportpolitik von der Direktive betroffen sind**. Dabei ist gewusst, dass gerade jene Projekte von erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt sind. Auch ist gewusst, dass in der Interpretation des Gesetzes betreffend den freien Zugang zu Informationen im Umweltbereich von 1992 hier immer wieder Unklarheiten festzustellen waren. Anstatt demnach erneut den Gerichtsinstanzen zu überlassen, was unter welchen Begriffen zu verstehen ist, sollte der Gesetzgeber eine deutlichere Sprache sprechen. Die EU-Direktive erlaubt es den Mitgliedsstaaten den Begriff noch ausführlicher zu definieren, diese Chance sollte Luxemburg nutzen.

Unverständlich ist ebenfalls, warum im Gesetzesprojekt immer **nur von Emissionen und nicht von Immissionen** gesprochen wird. Auch in diesem Sinne müssten die Definitionen ergänzt werden.

Entsprechend sollten die Passagen 1a und 1b nach Ansicht des Mouvement Ecologique wie folgt ergänzt werden (Zusatz unterstrichen)

Integration der Flächen- und Raumnutzung:

« (a) l'état des éléments de l'environnement, tels que l'air et l'atmosphère, l'eau, le sol, les terres, l'utilisation de l'espace, les paysages et les sites naturels, y compris les biotopes humides, les zones côtières et marines, la diversité biologique et ses composantes, y compris les organismes génétiquement modifiés, ainsi que l'interaction entre ces éléments; »

Integration des Transportbegriffes

„b) des facteurs, tels que les substances, les transports, l'énergie, le bruit, les rayonnements ou les déchets, y compris les déchets radioactifs, les émissions et les immissions, les déversements et autres rejets dans l'environnement, qui ont ou sont susceptibles d'avoir des incidences sur les éléments de l'environnement visés au point a)»

- Wer ist informationspflichtig – wer gilt als „autorité publique“?

Unter Punkt 2 von Artikel 2 wird geregelt, welche Instanz als „autorité publique“ angesehen werden soll. Obwohl grundsätzlich zu begrüßen ist, dass dabei eine recht breite Definition übernommen wird, bleiben Fragen offen: **sollen gemäss dem vorliegenden Entwurf auch Körperschaften wie die „établissements publics“ oder aber Gemeindefunktionen dem Gesetz unterliegen?**

Diese Frage ist nach Ansicht des Mouvement Ecologique im vorliegenden Entwurf nicht zufriedenstellend geklärt und würde erneut vor Gericht zu Streitigkeiten Anlass geben. Eine klarere Definition drängt sich auf. Und übrigens: im Vorläufergesetz zum nunmehr vorliegenden Projekt – demjenigen über den freien Zugang zu Informationen von 1992 – wird ausdrücklich folgendes geregelt: „*autorités publiques: toute administration ou tout service publics ainsi que tout établissement public au niveau national, régional ...*“

Der Mouvement Ecologique schlägt vor, auch in der Umsetzung des vorliegenden Gesetzesprojektes diese Konkretisierung beizubehalten sowie die interkommunalen Syndikate – die in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen haben – zu integrieren.

Artikel 2a) würde dann wie folgt lauten:

„le gouvernement ou tout autre administration publique ainsi que tout établissement public, tout syndicat, y compris les organes consultatifs publics, au niveau national, régional ou local»

* Nicht akzeptabel ist für den Mouvement Ecologique, dass gezielt folgende Ausnahme gemacht werden soll. Wir zitieren: *„La présente définition n’inclut pas les organes ou institutions agissant dans l’exercice de pouvoirs judiciaires ou législatifs.“*

Auch der Staatsrat beanstandete, warum gerade diese Instanzen ausgenommen werden sollen (*« Le Conseil d’Etat propose cependant de supprimer au point 2 le dernier alinéa puisque notre législation prévoit de tels recours en matière administrative et qu’il n’y a donc pas lieu d’exclure ses organes »*). In der Direktive wird ausdrücklich darauf verwiesen, dass zwar die Möglichkeit für die einzelnen EU-Länder bestehen soll, diese Strukturen auszuklammern, es jedoch jedem Mitgliedsstaat überlassen bleiben soll ob er diese Möglichkeit nutzen will oder nicht.

Für den Mouvement Ecologique ist die Motivation für diese Ausnahme nicht gegeben (sie wird auch nicht im „*exposé des motifs*“ angeführt). Ebenso wie der Staatsrat wird deshalb für die Streichung dieses Passus eingetreten.

*

Artikel 4 – Dérogations

Aufgrund der Anregungen des Staatsrates wurde dieser Artikel zum Teil umformuliert. Auch wenn der Mouvement Ecologique grundsätzlich diese Sichtweise akzeptieren kann, so ergeben sich aber zwei Probleme:

* Punkt b) sieht vor, dass dann keine Informationspflicht besteht, wenn *„la demande est formulée d’une manière trop générale“*. Auch wenn für diesen Fall sicherlich eine Regelung gefunden werden muss, erachtet der Mouvement Ecologique folgenden **Zusatz, so wie er im ursprünglichen Textentwurf zu lesen war und auch in der Direktive enthalten ist, als sinnvoller**: *„compte tenu de l’article 3, paragraphe 3“*.

In diesem Passus wird nämlich geregelt, dass der Staat im Falle einer zu generellen Anfrage den Antragsteller darauf aufmerksam machen muss und diesem die Chance gibt, den Antrag zu konkretisieren. Dieser Passus, der aus der Direktive stammt, ist nach Ansicht des Mouvement Ecologique begrüßenswert und es sollte eine direkte Verbindung zwischen den beiden Artikeln hergestellt werden.

* Punkt c) sieht vor *„la demande concerne des documents en cours d'élaboration ou des documents et données inachevés. En cette hypothèse, la décision de refus doit désigner l'autorité publique qui élabore ces documents et le délai de leur finalisation. »* Obwohl der Mouvement Ecologique versteht, dass nicht fertige Dokument nicht ausgestellt werden können, gilt es doch zweierlei zu regeln :

- ab wann ist ein Dokument als „abgeschlossen“ anzusehen. Hier gab es in der Vergangenheit zahlreiche Diskussionen, da sogar Monate nach Ablieferung eines Dokumentes seitens z.B. eines Studienbüros an eine Verwaltung das Dokument nicht zugestellt wurde, da es noch als „nicht komplett“ angesehen wurde. Hier wurde in einem interministeriellen Rundschreiben des damaligen Ministers Bodry sowie des Innenministers Spautz für grössere Klarheit gesorgt. Hieran müsste sich das vorliegende Gesetzesprojekt inspirieren;

- gleichzeitig stellt sich die Frage, ob nicht Fakten, die für ein fortführendes Dokument erstellt werden, bereits vor Verabschiedung des Gesamtdokumentes einsehbar sein sollen. Beispiel: Für den IVL wurden zahlreiche Studien erstellt. Hätten diese auf Anfrage nicht auch zugänglich sein können, bevor das gesamte IVL vorlag?

Artikel 5 – Zugang zu Informationen praxisnaher gestalten

Besonders möchte der Mouvement Ecologique auf die Änderungsvorschläge zu Artikel 5 hinweisen, d.h. betreffend die Modalitäten nach denen der interessierte Bürger Informationen erhalten.

- In der Direktive steht, dass für die Weiterleitung einer Information eine „redevance“ gefragt werden kann, jedoch (Zitat Direktive): *„pourvu que son montant n'excède par un montant raisonnable“*.

Im Luxemburger Gesetzestext und im (positiverweise) vorliegenden grossherzoglichen Reglementsentswurf wird nunmehr diese Stipulation umgesetzt, indem „timbres de chancellerie“ vorgesehen werden und ein Preis von 10 Cents pro Copie festgelegt wird. Während der Betrag wohl umstritten sein mag, aber nicht entscheidend ist, mag doch die Frage berechtigt sein, ob dieser „timbres de chancellerie“ nach wie vor zeitgemäss ist.

Denn bis dato wurde ein derartiger „tambre“ auf jede einzelne Copie eines Dokumentes angebracht.

Der Mouvement Ecologique verfügt in der Tat über eine gewisse Erfahrung betreffend das Gesetzesprojekt zu freien Informationen im Umweltbereich. Hier war es immer

wieder eine Qual, wenn ein (zugegebenerweise, dann genervter Beamter) jede Seite mit einem „Timber“ versehen musste. Man mag sich den unnützen Arbeitsaufwand vorstellen, bei Dokumenten von über 300 Seiten... Die Frage ist, ob das noch zeitgemäss ist oder ob nicht eine für jeden einfachere und schnellere Lösung gefunden werden kann. Dies zumal wenn man tatsächlich mit dem vorliegenden Projekt verfolgen würde, dass BürgerInnen verstärkt von ihrem Recht Gebrauch machen würden.

- Im Luxemburger Text wurde zudem folgender Passage beigefügt: *„L'exercice du droit à la communication ou consultation institué par la présente loi exclut, pour ses bénéficiaires ou pour les tiers, la possibilité de reproduire, de diffuser ou d'utiliser à des fins commerciales, les informations en question ».*

Fallen Umweltdaten, die journalistisch aufbereitet und vermarktet werden, unter diese Bestimmung? Ist es nicht gerade wünschenswert, dass Akteure die Informationen aufgreifen und weitervermitteln?

Diese Textpassage stammt nicht aus der Eu-Direktive sondern wurde aus dem Gesetzestext von 1992 übernommen. Sollte er nicht – angesichts des veränderten Bewusstseinsstandes – ersatzlos gestrichen werden? Was ist heute noch deren Bedeutung, es sei denn, das vielgerühmte Prinzip des „public private partnership“ zu unterbinden?

Artikel 6 – Gegen eine weitere Benachteiligung Luxemburger Bürger betreffend den «accès à la justice» – für eine korrekte Umsetzung der Direktive

In keinsten Form kann der Mouvement Ecologique mit dem vorliegenden Entwurf zur Umsetzung von Artikel 6 der Direktive einverstanden sein. Der Mouvement Ecologique lässt sich jedes Recht offen – im Falle wo der vom Staatsrat formulierte und von der Regierung gutgeheissene Entwurf angenommen werden würde – Schritte auf EU-Ebene in die Wege zu leiten. In der Tat widerspricht der Luxemburger Artikelentwurf den EU-Vorgaben.

Vor allem zwei Aspekte sind nicht tragbar:

- Die EU-Direktive sieht ausdrücklich vor, dass der Zugang zu Gerichten, um eine Missachtung des vorliegenden Gesetzesprojektes einzuklagen, **ohne grossen Kostenaufwand** möglich sein muss. Diese Vorgabe wird in der Luxemburger Umsetzung missachtet, da vorgesehen ist, dass ein Rekurs beim Verwaltungsgericht eingereicht werden muss. Dieser kann de facto nur mit Anwalt erfolgen, was in der Regel mit nicht unerheblichen Kosten verbunden ist;
- Zweitens sieht die Direktive Rekursmöglichkeiten betreffend Verfehlungen gegenüber den Informationspflicht im allgemeinen vor. Der Staatsrat aber möchte dieses **Recht für Umweltorganisationen erneut auf einige wenige Gesetze** reduzieren. Wobei nicht

einmal das neue Kommodo-Gesetz oder aber das neue Naturschutzgesetz inbegriffen sein sollen. Eine absolut unannehmbare Situation!

Zum besseren Verständnis sei in diesem Punkt sowohl aus der Direktive, als auch aus dem ersten Gesetzesprojekt sowie aus dem vorliegenden Entwurf – der aufgrund der Vorschläge des Staatsrates entstanden ist – zitiert (wichtige Aussagen in Fettdruck durch Mouvement Ecologique):

Textauszug aus der Direktive:

„1. Les Etats membres prennent les dispositions nécessaires pour que tout demandeur qui considère que sa demande d'information a été ignorée, indûment rejetée (en partie ou en totalité), ou bien qu'elle a été insuffisamment prise en compte ou n'a pas été traitée conformément aux articles 3, 4 ou 5, puisse engager une procédure dans le cadre de laquelle les actes ou omissions de l'autorité publique concernée peuvent être réexaminés par cette autorité publique ou par une autre ou faire l'objet d'un recours administratif devant un organe indépendant et impartial établi par la loi. **Toute procédure de ce type doit être rapide et gratuite ou peu onéreuse.**

2. Outre la procédure de recours visée au paragraphe 1, les Etats membres prennent les dispositions nécessaires pour que tout demandeur puisse engager une procédure devant une juridiction ou un autre organe indépendant et impartial établi par la loi, compétent pour réexaminer les actes ou omissions de l'autorité publique concernée et dont les décisions peuvent passer en force de chose jugée. Les Etats membres peuvent en outre prévoir que les tiers qui sont lésés par la divulgation des informations puissent également disposer d'une voie de recours.

3. Les décisions définitives prises au titre du paragraphe 2 s'imposent à l'autorité publique qui détient les informations. Les motifs qui les justifient sont indiqués par écrit, tout au moins lorsque l'accès aux informations est refusé au titre du présent article. »

Textauszug aus dem ursprünglichen Gesetzesentwurf:

Dieser Passus wurde in einer ersten Phase wie folgt in Luxemburger Recht umgesetzt:

„Tout demandeur qui considère que sa demande d'information a été ignorée, indûment rejetée (en partie ou en totalité), ou bien qu'elle a été insuffisamment prise en compte ou n'a pas été traitée conformément aux articles 3,4 ou 5, peut intenter **un recours devant le tribunal administratif, qui statuera comme juge de fond.** Ce recours est également possible en cas de contestation sur les frais de copie visés à l'article 5.

Ces dispositions s'appliquent sans préjudice du recours qui peut être intenté par des tiers qui sont lésés par la divulgation d'informations ».

Textauszug aus dem überarbeiteten Gesetzesentwurf :

Aufgrund der Intervention des Staatsrates wurde nunmehr folgende Formulation daraus:

„1. Le refus de communication ou de consultation total ou partiel est notifié, sous peine de nullité, par les autorités publiques au demandeur sous forme d'une décision écrite motivée par lettre recommandée avec avis de réception.

2. Le silence gardé pendant plus **de trois mois** par l'autorité publique saisie d'une demande de communication ou de consultation d'informations environnementales vaut décision de refus.

3. Contre la décision de refus total ou partiel, **un recours est ouvert devant le tribunal administratif, qui statue comme juge du fond.**

Ce recours, également possible en cas de contestation sur les frais de copie visés à l'article 5 de la présente loi, doit être interjeté dans un délai de trois mois à compter de la notification de la décision intervenue.

3. Les associations agréées en application de l'article 63 de la loi du 19 janvier 2004 concernant la protection de la nature et des ressources naturelles peuvent exercer les droits reconnus à la partie civile en ce qui concerne les faits constituant une infraction aux **lois modifiées des 21 juin 1976 relatives à la lutte contre la pollution de l'atmosphère et à la lutte contre le bruit ainsi qu'à la loi du 28 juin 1976 portant réglementation de la pêche dans les eaux intérieures et portant un préjudice direct ou indirect aux intérêts collectifs qu'elles ont pour objet de défendre, même si elles ne justifient pas d'un intérêt matériel et même si l'intérêt collectif dans lequel elles agissent se couvre entièrement avec l'intérêt social dont la défense est assurée par le ministère public.** »

Wie nachlässig der Staatsrat diese doch so wesentliche Vorgabe der Direktive angegangen ist, weist allein die Tatsache auf, dass in diesem Artikel angeführt wird, der Bürger hätte das Recht Einspruch zu erheben, wenn ihm im Laufe von 3 Monaten keine Antwort zugestellt worden sei. Dabei ist ein wesentlicher Pfeiler der Direktive – und dies wird auch ausführlich in Artikel 3 angeführt – dass es sich um 1 bzw. 2 Monate handelt ...!!

Der Mouvement Ecologique jedenfalls besteht mit Nachdruck darauf, dass :

- der Gesetzgeber eine Lösung für die Umsetzung der Direktive vorsieht, die dem Geiste der Direktive gerecht wird, d.h. Rekursmöglichkeit ohne grosse finanzielle Belastungen
- andererseits auch das Rekursrecht der Organisationen nicht auf derart krasse und unakzeptable Weise eingeschränkt wird. Dies widerspricht in der Essenz der direktive und ist sogar als Rückschritt gegenüber dem Gesetz von 1992 zu werten!

Der Mouvement Ecologique wird in den nächsten Tagen diesbezüglich konkrete diesbezügliche Vorschläge unterbreiten.

Artikel 7 – Pro-aktive Informationspflicht des Staates gewährleisten

* Erneut kann der Mouvement Ecologique mit einer Abänderung, die aufgrund der Stellungnahme des Staatsrates erfolgte, nicht einverstanden sein.

Im ursprünglichen Gesetzestext der Regierung war eine aktive Rolle des Staates betreffend die Vermittlung der Informationen vorgesehen. Zitat aus Abschnitt 1: „*Les Etats membres prennent les mesures nécessaires pour que les autorités publiques organisent les informations environnementales en rapport avec leurs fonctions et qu’elles détiennent ou qui sont détenues pour leur compte, **en vue de permettre leur diffusion active et systématique auprès du public**, au moyen, notamment, des technologies de télécommunication informatique et / ou des technologies électroniques, lorsqu’elles sont disponibles*“.

Diese dynamische Rolle wurde aufgrund der Intervention des Staatsrates auf eine passive „*organisent la diffusion*“ zurückgestutzt, was nach Ansicht des Mouvement Ecologique nicht im Sinne des Geistes der Direktive ist. Eine entsprechende Abänderung drängt sich auf.

* Ebenso unverständlich ist aber auch, warum im vorliegenden Gesetzestext die Verpflichtung des Luxemburger Staates regelmässig Bericht über die Umsetzung der Direktive zu gewährleisten, nicht übernommen wurde. Der Mouvement Ecologique drängt darauf, dass vorliegende Vorgaben von Artikel 7 / 3 der Direktive in Luxemburger Recht übernommen wird:

Textauszug aus der Direktive:

«Sans préjudice d’aucune obligation particulière de faire rapport, prévue par la législation communautaire, les Etats membres prennent les mesures nécessaires pour que les rapports nationaux et, le cas échéant, régionaux ou locaux sur l’état de l’environnement soient publiés à intervalles réguliers ne dépassant pas quatre années; ces rapports comprennent des informations sur la qualité de l’environnement et les contraintes qu’il subit.»